

## **Hauptversammlung der dbb bundesfrauen in Nürnberg Behörden müssen attraktiver für Frauen werden**

Schwerpunkte der Herbstsitzung waren die Themen „Führen in Teilzeit“ und „Gewalt am Arbeitsplatz“. Nicole Weiß-Urbach (im Bild, 2. von rechts), die als Vorsitzende der VDR-Frauenvertretung an der Hauptversammlung teilnahm, stellte in ihren Beiträgen die Situation der Lehrkräfte dar.

### **Gewalt an Schulen nimmt zu**

Gewalt, die Lehrkräfte in den Schulen erfahren würden, ginge zunehmend von Eltern und von Schülerinnen und Schülern aus. Neben körperlichen Angriffen an den Schulen nähmen die Belästigungen und Bedrohungen, die über das Internet verbreitet würden, zu. Dies entspräche einer neuen Qualität an Gewalt, die in den Fokus genommen werden müsse.

### **Benachteiligungen im Beförderungsverfahren**

Dienstliche Beurteilungen, die für die Beförderungsverfahren von Lehrkräften erstellt werden, wiesen mögliche Benachteiligungen von Teilzeitkräften aus. Teilzeit würde vor allem von weiblichen Lehrkräften gewählt. Eine Besonderheit bei Lehrkräften sei die sogenannte ungebundene Arbeitszeit, die außerunterrichtliche Tätigkeiten einschließe. Eine vermehrte Wahrnehmung dieser Tätigkeiten im häuslichen Umfeld bei gleichzeitig geringerer Präsenz von Teilzeitkräften an den Schulen werde zu wenig berücksichtigt und führe zu einer Benachteiligung bei Beförderungen für Schulleitungspositionen.

Ein ausführlicher Bericht über diese Hauptversammlung erscheint in der nächsten Ausgabe unserer Verbandszeitschrift.

### **dbb bundesfrauenvertretung**

Die dbb bundesfrauenvertretung steht im dbb seit über 50 Jahren als Marke mit starkem Wiedererkennungswert für gewerkschaftliche und fachspezifische Kompetenz. Sie ist die gewerkschaftliche Spitzenorganisation für Frauen im öffentlichen Dienst. Als eigenständige Einrichtung des dbb beamtenbund und tarifunion vertritt die dbb bundesfrauenvertretung die arbeits-, gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Interessen von rund 420 000 Frauen im dbb – und damit von rund einem Drittel der gesamten dbb Mitgliedschaft – gegenüber den Arbeitgebern im öffentlichen Dienst sowie Bundes- und Landespolitikern.